

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 18, Holbeinstr. 48

Telefon Nr. 21 808 Postfachkonto: Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Wochenpreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe 4 mit (inkl. Beilage 10.00 M Ausgabe 8 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe 4 10.65 M, Ausgabe 8 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Erscheinung der Redaktion: 11 bis 19 Uhr vorm.

Einzelnen: Ausgabe von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Welt-Expresse 1.40 M. im Restant 8.50 M. Familienangelegenheiten 1.30 M. — für unbesoldete Mitglieder, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Einzelnen können wir die Benachteiligung für die Mitglieder des Tages nicht vermeiden

Die neue Regierung und die Parteien

Die Erklärung, die der Reichstagspräsident Fehrenbach am Montag vor dem zahlreich versammelten und aufmerksam lauschenden Reichstag abgab, ging weit über das Maß hinaus, das man sonst an Inhaft, Aufbau und Ausdehnung einer Regierungserklärung anzulegen gewohnt war. Fehrenbachs Erklärung war ein Programm, angelegt nach dem großen Gesichtspunkt der Klassenversöhnung im Innern, sowie der Völkerverständigung nach außen, getragen von dem festen, ersten Willen zum Wiederaufbau des Reiches und gegründet auf der Forderung nach Gerechtigkeit von Seiten der einstigen Gegner. Es behandelte einen Sammelruf für alle die im Glauben an die unermessliche deutsche Kraft und in Erkenntnis ihrer nationalen Pflicht an der Wiedergewinnung deutschen Wesens und an der Wiederverstärkung deutscher Wirtschaft mitarbeiten wollen. Dabei trägt es die Bäume sozialpolitischer Forderung und starken sozialpolitischer Willens um der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Gesellschaftsleben aus der Krise des gesamten Volkes heraus die Stützen zu geben, deren es bedarf, um sich von dem furchtbaren Schicksal, dem es erlitten hat, zu erholen. Einem solchen Programm, dessen einzelne Gesichtspunkte von diesen großen Grundgedanken hergeleitet werden, konnte keine Partei die ihm gebührende Anerkennung verweigern, weil es Richtung abgab, die von dem Willen dieses großangelegte Rede entsprechend ihrer ganzen Anlage, ihres Inhalts und nicht zum letzten infolge der Wärme und Ueberzeugung, mit der sie vorgetragen wurde von einem Mann, der bis in die Kreise selbst der schärfsten Oppositionen ein großes Maß von Achtung genießt, dazu ansetzt, auch auf den Vätern der Opposition ihren Einbruch nicht zu verschleien. Nach all den Vorlesungen der letzten Wochen, nach den vielerlei Schwierigkeiten und Brummereien, die von Seiten der einzelnen Parteien einer Regierungsbildung in den Weg gelegt wurden, durfte man mit Recht nunmehr gespannt sein, wie sich die Parteien zu der Erklärung Fehrenbachs und der von ihm gebildeten Regierung stellen würden. Dabei kann man von vornherein feststellen, daß sowohl die Ausführungen der Oppositionen als auch die ihrer Presse, wenn auch nicht in allen Punkten zustimmend, so doch im allgemeinen maßvoll genannt werden und da, wo sich die Kritik einstellte, sie sich doch wenigstens in den Rahmen einer ruhigen Auseinandersetzung bewegten.

Eine Ausnahme macht nur die „Deutsche Zeitung“, die überall da mit häßlicher Ironie arbeitet, wo sie an den Tatsachen nicht rütteln kann. Mit ihr sind es naturgemäß die Kreise um Herrn Wulle, die gegen Herrn Fehrenbach und sein Programm gehässig anspringen, in Kleinigkeiten herumtrotzeln, um auf diese Weise den großen Einbruch seiner Rede zu verwirklichen. Hierin überbieten diese Kreise sogar die Herren von der extremen Linken, die sich zwar zu Fehrenbach und seinem Programm in scharfem Gegensatz stellen, dies aber, wie wir feststellen möchten, in sachlicherer Kritik u. Auseinandersetzung tun als die Kreise um die „Deutsche Zeitung“. Wir sind nicht so leicht, daran etwa Hoffnungen zu knüpfen. So schreibt die „Freiheit“ in ihrer Dienstag-Morgenausgabe: „Die Rede, die der neue Reichstagspräsident gehalten hat, war die erste Rede eines ernstlichen Mannes, und auch der politische Gegner wird Herrn Fehrenbach glauben, daß er nicht leicht das schwere Amt übernommen hat. Auch das Programm, das Herr Fehrenbach durchzuführen will, enthält vieles, dessen Verwirklichung möglich wäre.“ Wie auch die Linke, die von den Anhängern gebildet, sich zwar grundsätzlich ablehnend verhält, aber nicht alles, was im Programm gesagt ist, zu verneinen beschließt, so hat auch der Redner der Rechten, der deutschnationale Abg. Herzog, in ruhigerer Opposition die Zustimmung gegeben, daß seine Freunde gegen die Regierung kein Mißtrauensvotum einbringen und auch nicht ein solches mitmachen würden, wenn es von anderer Seite beantragt würde. Wenn allerdings die Regierung nicht nach den Grundgedanken verfahren sollte, die er und seine Freunde als Staatsnotwendigkeit bezeichnen, so sei es selbstverständlich, daß sie in Oppositionsstellung gingen. Diese durchaus vom Standpunkte deutschnationaler Auffassung kritischeren und doch in der Bahn sachlicher Auseinandersetzung stehenden, zeigt hierauf, daß auch auf dieser Seite des Hauses Fehrenbachs Worte ihre starke Wirkung nicht verfehlt haben. Um so heutzutage ist eben das, was sich das Organ der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Wulle, die „Deutsche Zeitung“, leistet, wenn sie neben vielem anderem in Nr. 200 folgendes schreibt:

„Das neue Kabinett will sich vorstellen, und sein unter solchm Umständen ja ohne Zweifel außerordentlich wichtiges Programm entwickeln. Unsere Leser wissen, was von seiner Verantwortung im Hause zu halten ist. Wissen auch, wie wir zu ihm stehen. Es ist ein Kabinett Fehrenbachs. Ein rein bürgerliches Kabinett; na ja! Und Herr Fehrenbach nennt sich jetzt Reichstagspräsident. Hohem Anspruch! Leider wiederum ein Reichstagspräsident in Gänze. Ein Reichstagspräsident als einer Mittelstadt, der von den zwischenstaatlichen Beziehungen nur als Zeitungsmacher und als Parlamentarier mit ganz anderen Arbeitsbedingungen Kenntnis hat, der die große Welt draußen nur vom Hörensagen kennt, von Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Kraftquellen der anderen Völker, von ihrer Geschichte, wie der

des eigenen Volkes nicht mehr weiß als ginstigstenfalls der Durchschnittsgebildete. — auch er reicht nie und nimmer aus zum Kanzler des Deutschen Reiches! Auch dann nicht, wenn er starrer Parteimann und sogar Reichstagspräsident gewesen ist. — und auch nicht unter der Republik! Vor allem aber nicht unter den gegenwärtigen Umständen! Zwischen ihm und seinem Amtsvorgänger, dem Herrn aus der Kachelbranche, ist in diesen Dingen wirklich kein allzu wesentlicher Unterschied! Schon vor dem 9. November 1918 waren die Kanzlerschaften von Jahr zu Jahr ein bedeutungsvolles Kapitel. Seit der Revolution aber...“

Mit Recht schreibt dazu die „Sächsische Zeitung“ (Nr. 322): „Wie im Reichstag, so ist auch in der Presse die Aufnahme des Kabinetts Fehrenbach verständnisvoll wohlwollend. Ganz ablehnend verhält sich nur die „Deutsche Zeitung“, das Organ der rechtsradikalen Gruppe in der deutschnationalen Volkspartei. Sie erklärt, die Regierung werde „in allen wirklich nationalen Kreisen“ von vornherein auf berechtigtes Mißtrauen stoßen. Danach gehören die deutschnationale Fraktion des Reichstages samt dem Verlagsdirektor Wulle und dem Parteivorstandenden Herzog, der eine Mißtrauensklärung rundweg abgelehnt hat, kaum noch zu den wirklich nationalen Kreisen. An anderer Stelle wird Herr Fehrenbach „Reichstagspräsident in Gänze“ genannt und seine Intimität mit Matthias Erzberger in einer Weise behandelt, die als persönliche Beschäftigung wirkt.“

Der „Berliner Volksanzeiger“, der in seiner scharfen Tonart gegen die frühere Regierung sich schon Erkelliches geäußert hat, kommentiert Fehrenbachs Worte in seiner Montags-Abendausgabe durchaus nicht unfreundlich. Er sagt: „Was er (Fehrenbach) gab, war ein sehr umfassendes Regierungsprogramm, das zum mindesten von dem guten Willen der neuen Männer Zeugnis ablegte, gutes, sogar sehr viel gutes für das deutsche Volk zu leisten.“ Auch die Reichspolizei hatten durch den Mund ihres Führers Scheidemann erklären lassen, daß die Erklärung der Regierung ihren Wünschen gegenüber viel Anerkennenswertes enthalte, daß die gute Absicht Fehrenbachs, die Meinungen seines Volkes für sie außer jedem Zweifel zu stellen und daß sie deshalb auch das feste Vertrauen zu ihm hätten, daß er mit seiner ganzen Person für den Schutz der Verfassung einsetzen werde. Das Kabinett werde daher, so lange es an dem verankerten Grundtag festhalte, nicht gegen die Arbeiter, sondern mit ihnen zu regieren, die Gegenwarts- und die Freiheitssozialdemokratie nicht finden. Dies bekräftigt auch der „Vorwärts“. Man will auch hier die Taten der Regierung abwarten.

Damit hat sich das Kabinett Fehrenbach den Boden geschaffen, auf dem es fruchtbringend arbeiten kann, wenn die außer ihm stehenden Parteien gewillt sind, an ihren Erklärungen festzuhalten und die Arbeit der Regierung nicht unnötig zu erschweren. Wir dürfen aber erwarten, daß Fehrenbach seine ganze Kraft einsetzen wird, um, was er angekündigt hat, auch zu verwirklichen. Wir wissen alle, daß es uns ganz recht ist, daß unsere Zukunft abhängt von der Einsicht und dem guten Willen aller Deutschen, aus dem Unheil herauszukommen. Wir hoffen, daß dieser Gedanke für die künftigen Handlungen aller Parteien leitend sein möchte, damit wir unter Ausschaltung aller Feindtendenzen und uns entfernender, die Volkseinstimmigkeit erregenden Gegensätze dennoch in Treue zu unseren Grundgedanken zu jener früheren politischen Einigkeit gelangen, die allein Volkswohl gedeihen läßt.

Die Wirtschaftslage des Reiches

Stimmungsbild aus dem Reichstag.

Von unserem besondern parlamentarischen Vertreter.
In der vorliegenden Reichstagsdebatte über die allgemeine nach den Wahlen geschaffene politische Situation kam man in der Reichstagsdebatte vom Donnerstag auf das wichtigste Thema des Tages, auf die Wirtschaftslage des Reiches, zu sprechen.
Die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth bildete für die bezüglichen Auseinandersetzungen die Basis. Es war ein ernstes Kapitel, das der Reichsfinanzminister vor den Volksvertretern aufschlugen mußte. Unter den Milliarden Lasten senken unser Volk und unsere Volkswirtschaft. Dabei wachsen die Lasten ins Ungemessene und noch wissen wir nichts über Spaa. Dr. Wirth betrachtete als die Ursache der heutigen Finanzkrise die Tatsache, daß schon in der ersten Zeit des Krieges die Ausgaben nicht zu den Einnahmen in das richtige Verhältnis gebracht worden sind. 1918 beispielsweise betrugen die Gesamtausgaben des Staats rechnungsmäßig 44 Milliarden Mark, in Wirklichkeit aber betrug allein die Schuldenerforderung im selben Jahre 51 Milliarden Mark! Im Jahre 1919 zeigte dann der Etat rechnungsmäßig die ungeheure Summe von 74.5 Milliarden Mark. Diese Zahlen, so meinte Wirth, müßten sich die Kritiker an der Finanzpolitik und der alten Realpolitik an die Wand hängen, denn sie würden ihr eigenes Bild darin sehen. Was hat jetzt in einer durch die Verhältnisse begründeten progressiven Steigerung zugehört im Grunde nur die Schlussfolgerung alter gemachter Meister. Die Zahlen, die dann Dr. Wirth über unsere heutige Finanz- und Wirtschaftslage dem gespannt lauschenden Hause vorführte, waren geeignet, geradezu erschütternd zu wirken. Köhler heute kann man auch nicht annähernd sagen, was uns der Krieg gekostet hat. Viele Milliarden

Forderungen für die Liquidierung des Krieges stehen bevor. Und nun erleben wir inmitten dieser Trostlosigkeit das Sinnlose, daß dieses bettelarme Volk abermals Millionenwerte in wilder Leidenschaft gewiß! Diese Bezugnahme Wirths auf die gegenwärtigen Lebensmittelpreise in verschiedenen Teilen des Reiches wachte mit Ausnahme bei den Unabhängigen im ganzen Hause lebhaft Zustimmung. Nach Wirths Berechnung stellt sich unsere heutige Reichsschuld auf den geradezu entsetzlichen hohen Betrag von 265 Milliarden Mark. Man muß dieser Summe gegenüberhalten den Betrag der Reichsschuld vor dem Kriege in Höhe von etwa 5 Milliarden Mark. Das geradezu furchterliche der Situation in der wir stehen, ist leider immer noch nicht den weitesten Kreisen bewußt geworden. Man mußte sich auch wundern, mit welcher geringen Anteilnahme manche Abgeordneten diese furchtbaren Ziffern entgegennahmen. Man muß auch leider feststellen, daß verächtlich in der Väter großen Säulen Klaffen, und daß zahlreiche Abgeordnete sich dem Nachhören der Wirthschen Finanzpolitik entzogen haben. Hier aber liegen die Wurzeln unserer Wirtschaftslage. Wenn man weiter hört, daß wir heute in einem einzigen Jahre mehr an Steuern aufbringen müssen, als in sämtlichen Kriegsjahren von 1914 bis 1919 zusammengekommen, so erhält man annähernd einen Begriff von der entsetzlichen Last, die wir zu tragen haben, die in Spaa, wenn man den Entschlüssen glauben könnte, noch weiter vermehrt werden soll. Man muß dem Reichsfinanzminister zustimmen, wenn er fordert, daß das ganze Volk sich des furchtbaren Grades der Lage bewußt werden muß.

Das deutsche Volk und seine Wehrmacht

Die Stellung, die ein Teil des deutschen Volkes der Wehrmacht gegenüber eingenommen hat, ist in ihrer psychologischen Entstehung wohl zu begreifen. Man war es gewohnt, im Militär eine besonders scharf herausgearbeitete Spitze eines politischen Systems zu erblicken und das neue Volk ist durch Verzicht vielfältig mit dem alten verwachsen. Das ist der Grund der verbreiteten Abneigung dagegen.
Man kann die Gefühle verstehen und doch ihre Neuerung verurteilen. Es ist klar, daß man mit dem Auge abblende, wo man aus dem widerwilligen Wehrwesen herausstrahlte und als Wehrkämpfer in das Staatsleben eingriff, Empfindlichkeiten, deren Berechtigung der oppositionellen Vergangenheit angehört, nicht fürder an den Tag legen durfte. Es ist erlaubt, die Beziehungen und Beziehungen so lange zu betonen, als man durch ihre Bemerkung die eigene Sache schwächen würde; in dem Zeitpunkt aber, wo das Gegenteil eintritt, wird ihre befristete fernere Hervorhebung gegenstandslos, ja unheilvoll.
Es dürfte nicht unangebracht sein, vom Ausgangspunkt dieser Erwägungen aus auch das Verhältnis zur Wehrmacht einmal zu überprüfen. Zunächst eine Vorbemerkung darüber, was die Wehrmacht für ein Organ der Nation, was ungeteiltes Ganzes zu sein, dann hängt die Existenz des Staates von einem Mann ab. Was wir jetzt unbedingt brauchen, ist die klare Verbindung des Volkes mit der Wehrmacht zu uns allen gehört; keine Partei steht ihr feindselig gegenüber, sondern allein die Unordnung, die sie im Auge aller Parteien zu bekämpfen hat. Einzigartig ist zu sagen, daß es nicht, den Anwohnern sollen zu lassen und den Wehrkämpfern, die sie nicht einzeln vorzunehmen sein können. Vertrauen entgegenzubringen. Solange sie sich nicht von allen Seiten wohlwollend behandelt sehen, ist es übermenschlich, ihre Wohlwollen für alle Seiten zu verlangen. Streiten wir uns doch nicht länger um Selbstherrlichkeiten. Organ beschützer und Verwirklichter von Eifer der Wehrmacht gibt es nur eine Einheitsfront der Kraft und die Kraft selbst; selbst die hartnäckigsten Grundbesitzer muß zuwenden, daß seine Sache nicht wird wenn solche Naturen sich damit identifizieren.
Das Volkswollen für die Wehrmacht nicht allein, sondern die Einsicht in ihre Bedeutung gebietet es, ihre Sache als eine Volksangelegenheit zu verstehen. Die nächste Notwendigkeit für jedermann ist, zu fragen, daß die Wehrmacht als letztes Sicherheitsorgan imstande bleibt, ihre Erhebung zu erfüllen. Sie stützten sich dabei jetzt auf mehr und empfindlicher veränderte Wehrverhältnisse; die werden ihr jetzt weggenommen. Das würde ihre Verhältnisse bedingungslos besser still sie vernichtet werden. Das ist ein unmögliches Unternehmen, unendlich für alle Volksteile. Man verweigert sich nur von rechts ruf man von Reichsbeschlüssen, von links schreit der gleiche Vorwurf zurück.

Die Staatsmacht wacht, und in diesem Augenblicke ausgerichtet will man ihr den Grundstein wegzeln? Das heißt, das Chaos herauszubekommen, das Chaos der Unbestimmtheit der Nationalwirtschaft. Und da gibt es wieder keine Bepflanzung der politischen Meinung, sondern bloß die Einheitsfront der Unabhängigkeit. Von rechts bis links ist nur ein Wille: Die Rechten des Rechtswortes dürfen nicht widerkommen. Wir können und entwickeln, aber auf dem Wege der Gerechtigkeit. Und darum ist Einmütigkeit in dem Urteil selbstverständlich. Mit dem 100 000-Mann-Vere geben wir uns nicht zufrieden.
Eine solche Stellungnahme aber soll der erste Schritt sein zur endlichen Befestigung alter Fortsätze. Die Streitkräfte beginnen erst jenseits der Wehrmacht. Die ist und die Wagnisunter unserer Selbstachtung.

Leipzig
Hauensgenossen,
ihre Adressen dem
artigen Teilnehmer
sein wollen, dem
Wünsche mitteilen
e die auswärtigen
e der Teilnehmer
sammlung werden
gs-Ausschuß
ieder jr.
Eutrich.
hungen
denfierter und
2.7 Prozent
abgebracht in der
Nür 1920.)
reitag, den 2. Juli
amlichste eine halbe
eitagschaft ca. 2,7 Pro-
e eingetragene Mitgli-
besteht nicht.
Richtbänder und Mit-
gelante.
h redigiert von der
gubringen.
rochung vom 26. Sep-
1920
e Rat zu Dresden.
die Woche vom
20.
nummer 4 der Samml-
e 50 Bl.
uchungsbüchlein, Moll-
schne nach dem
ts 2. Juli 1920, mit
t: bis 3. Juli 1920.
geitshändler: 3. Juli
n sowie Kartoffel-, Zuck-
hiffener-Lebensmittel-
se usw. Bezugnahme auf
Kl.
machung vom 27. Sep-
1920
er Rat zu Dresden.